

halten. Es sei zu hoffen, daß das Beifall, das viele Frontkämpfer gegeben hätten, indem sie sich über alles Trennende hinweg einigten, nicht vergeblich sein würde.

Das Zusammentreffen der Frontkämpfer mit dem Führer in der Einsamkeit der Berge sei ein gutes Vorzeichen. Er, der selbst in seinem Volle den Gipfel erreicht habe, habe daher auch das Recht, von diesem Gipfel aus der Welt Friedensworte zuzurufen. Und in deutscher Sprache schloß Delcroix seine Ansprache: „Denn über allen Gipfeln ist Ruh!“

### Der Führer

Dankte dem Präsidenten Delcroix für seine wunderbaren Worte und seinen Kameraden dafür, daß sie den Weg in diesen abgelegenen Teil Deutschlands gefunden hätten, um ihn zu besuchen. Als Frontkämpfer sei er besonders glücklich, die Frontkämpfer anderer Nationen bei sich zu sehen. Die Gedanken, die in diesem Augenblick alle gemeinsam bewegten, habe bereits Präsident Delcroix in vollendeter Weise zum Ausdruck gebracht.

Allem voran ließe die Erkenntnis, daß ein neuer kriegerischer Konflikt katastrophale Folgen für alle Nationen haben würde.

Auf dieser Reise durch Deutschland hätten die ausländischen Frontkämpfer ein Volk vorgefunden, das fleißig seiner täglichen Arbeit nachgehe und das in einer gemeinsamen großen Anstrengung die bestehenden Schwierigkeiten zu meistern suche. Die riesenhafte Anstrengung, die das deutsche Volk im Augenblick mache, sei nur dadurch möglich, daß in Deutschland absoluter Friede herrsche. Wenn aber schon die Störung des inneren Friedens die Aufbaubarkeit in Deutschland gefährden würde, so würde eine Bedrohung des äußeren Friedens Deutschlands die gigantische Anstrengung der deutschen Nation um ihre innere Wiedergeburt gefährden.

Das deutsche Volk habe nicht die geringste Befürchtung mehr an den Krieg.

Es sei nichts übrig geblieben, als die große Achtung vor den ehemaligen Gegnern, die dasselbe Leid und dieselben Gefahren auf sich genommen hätten wie die deutschen Soldaten. In einem Lande, dessen Regierung fast ausschließlich aus Frontkämpfern bestehe, sehe man den Krieg mit anderen Augen an, als es die Völker täten, die ihn nicht kennen. Frontkämpfer wußten, daß der Krieg zwar ein großes, aber auch ein grauenvolles Erlebnis sei. So hätten denn alle Frontkämpfer nur den einen Wunsch, daß nie wieder etwas derartiges eintreten würde. Nicht aus Schwäche oder Feigheit, sondern in dem alten Frontkämpfergeist träten sie für den Frieden ein. Wenn jemand den Begriff Frieden verstehe, so seien es diejenigen, die auch die Bedeutung des Begriffes Krieg bis ins letzte an sich selbst erfahren hätten.

Nach einem weiteren Dankeswort des Führers für den Besuch der Frontkämpfer gab er seiner Hoffnung auf ein gutes Gelingen ihrer Arbeit Ausdruck.

Die etwa 80 Teilnehmer an der Fahrt nach Versailles gaben während der Fahrt einige Stunden in außerordentlich angeregtem Gespräch auf dem Bergeshof. Immer wieder bildeten sich um den Führer herum Gruppen von Frontkämpfern aus aller Welt. Die Frontkämpfer aus Frankreich erinnerten an die Tage, da der Führer, der wohl einer der wenigen Frontkämpfer unter den Staatsoberhäuptern der Welt ist, ihnen auf der anderen Seite gegenüberlag. Sie seien stolz und froh darüber, ihm jetzt die Hand geben zu können, in der inneren Gewißheit, daß sich die Jahre des Weltkrieges nicht wiederholen würden, wenn es nach seinem und ihrem Willen gehe. Mit dem ebenfalls kriegsblinden Führer der polnischen Abordnung, mit den Frontkämpfern aus Italien, England, Rumänien, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland und vielen anderen Nationen sprach der Führer ebenfalls längere Zeit. Gegen Schluß des Besuchs bereiteten ihm die Frontkämpfer aus allen Nationen spontan eine herrliche Huldigung.

Nach dieser Stunde der Kameradschaft von Männern, die am eigenen Leben erfahren haben, was der Krieg bedeutet, war es eigentlich kein Abschied, als die Frontkämpfer zum Bahnhof Versailles zurückfuhren, denn sie alle drückten den Wunsch nach einem Wiedersehen aus, nach einem friedlichen Wiedersehen und nicht einem Wiedersehen auf den Schlachtfeldern Europas.

## Deutschland sichert den Frieden!

### Die Frontkämpfer bei Rudolf Hess

Im Rahmen der deutschen Veranstaltungen sah Dienstagabend der Stellvertreter des Führers die Vertreter von Frontkämpfern von 14 Nationen bei sich zu einem einfachen Abendessen zu Gast. Rudolf Hess begrüßte die Frontkämpfer im Namen des Führers und Reichsführers, der deutschen Reichsregierung und der Partei.

Er gab der Freude Ausdruck, daß die erste Tournee dieser Kommission in Deutschland stattgefunden und betonte besonders: Vielleicht wird Ihnen der oder jener in Ihrer Heimat die Reise hierher verübeln unter der Begründung, daß Deutschland in erheblichem Maße anstreife. Aufrüstung aber verträge sich schlecht mit der Absicht der Frontkämpfer, für den Frieden zu wirken.

Wünschen Sie mir: Ein Volk, das so schwer wie das deutsche unter dem Krieg gelitten hat und das zugleich von einer Regierung von

# In Afrika braucht man die deutsche Industrie und die deutsche Wissenschaft

## Kolonialfragen vor dem englischen Oberhaus

### England gegen eine Politik der offenen Tür

London, 18. 2. (Funkst.) Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über das Mandatsystem statt, der folgender Antrag des Labour-Vertreters Lord Noel Burton zugrunde lag:

„Angeichts der Folgen, die daraus entstehen können, daß in Fragen des Kolonialwesens eine Politik verfolgt wird, die andere Staaten verhindert, unter gleichberechtigten Bedingungen der Vorteile der Kolonialentwicklung und -wirtschaft teilhaftig zu werden, fordert das Oberhaus die britische Regierung auf, mit den Regierungen der Dominien und der anderen kolonialen Mächte Fühlung zu nehmen, damit das Mandatsystem in geeigneten Fällen auf britische und andere Kolonien angewandt wird und damit ferner die Wirksamkeit der Konvention von St. Germain (1919) auf dem Revisionswege erweitert wird.“

In Begründung dieses Antrages erklärte Lord Noel Burton, eine Erweiterung des Mandatsystems würde dazu beitragen, den Friedensversicherungsversuchen zum Erfolg zu verhelfen. Sein Vorschlag betraf zunächst, daß die anderen Kolonialmächte und Dominien gemeinsam mit England geeignete Kolonien unter das Mandatsystem stellen müßten. Was das Abkommen von St. Germain von 1919 angehe, so sei eine Revision nach 10 Jahren vorgesehen gewesen. Dieser Zeitpunkt sei heute überfällig. Deutschland sei Partner des ursprünglichen Vertrages gewesen, aber im Jahre 1919 sei es ausgeschlossen worden. Jetzt sei die Gelegenheit gekommen, Deutschland zurückzubringen.

Er gebe offen zu, daß England dem Krieg zuweilene, wenn es die Kolonien als eine „geschlossene Reservation“ behalte. Die Frage laute, ob die heutige Lage als dauerhaft angesehen werden könne. Wäre man sich etwa ein, daß England in 50 oder 100 Jahren seine Kolonien noch wie Gebiete behandeln werde, in denen andere Staaten weder kaufen noch verkaufen dürften? Das Bedürfnis nach Märkten bilde einen wichtigen Teil der deutschen Kolonialforderungen. In seiner vor Monats in London gehaltenen Rede habe Bismarck von Ribbentrop eine Erweiterung der Märkte als eine vernünftige Lösung bezeichnet. Dr. S. Eden, der Deutschland und andere unbesetzten Staaten durch das von den Kolonialmächten eingeführte System der Vorkriegs-„Anleihe“ zugesagt werde, sei betrübt. Eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage würde ein Schritt zum Frieden sein. Anderen Nationen zu erklären, daß sie keine Kolonien haben dürften und auch kein Recht hätten zu einem freien Warenverkehr mit den Kolonien Englands, widerspreche der Politik der „noblesse oblige“.

Der Redner kam dann erneut auf die Revision des Abkommens von St. Germain zu sprechen. Er sagte, daß Deutschland der Hauptverheber des Berliner Vertrages gewesen sei, der das Kolonialsystem geschaffen habe. Es wäre nur recht und billig, wenn man Deutschland jetzt wieder zulasse, nachdem die Erklärung der Kriegzeit der Vergangenheit angehört.

Der deutsche Handel erstreckt sich in Zentralafrika nicht der Gleichberechtigung. Deutschland sei in hohem Maße an dem Handel in weiten Gebieten Afrikas vom Nil bis zum Sambesi und vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean interessiert. Hier beste die Zukunft ein freies und ungehindertes Entwicklung. Nicht nur Westafrika, das jetzt einem englisch-französischen Abkommen unterworfen sei, könnte eingeschlossen werden, sondern es sei sogar denkbar, daß durch gegenseitige Vereinbarungen auch der Sudan und Abyssinien bei einer Neuorganisation berücksichtigt werden könnten.

Die Politik der offenen Tür könnte durch Verträge und Anleihen erweitert werden.

In Afrika braucht man die deutsche Industrie und die deutsche Wissenschaft. Beide würden hier ein weites Betätigungsfeld haben.

Deutschlands tatsächliche Bedürfnisse würden durch eine Erweiterung des Mandatsystems zum größten Teil befriedigt werden. Es würde sich um eine Geste handeln, die auch Englands Stellung stärken würde. Schon vor dem britischen Imperium habe es Kolonialreisen gegeben, die ihre Kolonien wie private Grundstücke behandeln und die heute von der Bildfläche ver-

Frontkämpfern geführt wird — an ihrer Spitze der Frontkämpfer Adolf Hitler — ein falsches Volk rüstet nicht zum Angriff. Auch Deutschland, wirft keine Stärke in die Waagschale des Friedens.“

Wir Frontkämpfer sind eine Kameradschaft — denn die wirklichen Frontkämpfer hatten von jeder das Gefühl der Kameradschaft für diejenigen, die gleiche Entbehrungen, gleiche Not, gleiche Leistungen trugen und vom gleichen Tod in all seinen fürchterlichen Variationen bedroht wurden. Möge die Achtung, die diese Männer untereinander hegten, sich mehr noch als bisher übertragend auf die Völker und daraus der Geist ergehen, der auf allen Seiten sich ehrlich bemüht, Völkerkatalogen wie die von und welche zu verhindern.

schwanden seien. England wolle sein Reich stabil und dauerhaft machen. Vielleicht sei es die Anwendung des Mandatsgrundgesetzes, der zu diesem Ziele führe.

Der konservative Lord Lugard brachte einen Gegenantrag ein, der den dahingehenden Teil des Vorschlages gegenstandslos machen will, gewisse Kolonien unter das Mandatsystem zu stellen. Der Redner glaubte, daß eine Lösung des Problems eher auf wirtschaftspolitischen Gebiet als durch verwaltungsmäßige Veränderungen gefunden werden könne.

Der Labour-Vertreter Lord Arnold betonte, daß in der Frage sofort etwas geschehen müsse. Das Abkommen von Ottawa sei ein einseitiger Bruch des Mandatsystems, der in vielen fremden Staaten starke Missstimmung ausgelöst habe. Er glaube, daß bei einer Ausnahme des von Burton gemachten Vorschlages die psychologische Wirkung auf die internationalen Beziehungen, besonders hinsichtlich Deutschlands, gewaltig wäre, während England nur einen verhältnismäßig geringen materiellen Verlust erleiden würde.

Als Vertreter der Regierung erklärte der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Plymouth, jeder Vorschlag, der die volle Souveränität zugunsten des Mandatsystems aufhebe, müsse unvermeidlich dort viele Schwierigkeiten hervorrufen, wo es sich um britische Gebiete handele, deren Bewohner Untertanen Seiner Majestät seien. Die Dominien und die fremden Länder könnten die britische Regierung nur schwer veranlassen, die in dem Antrag enthaltenen Vorschläge anzunehmen. Er könne nicht sagen, ob sie die gleichen Einwände machen würden, wie die britische Regierung. Auf jeden Fall glaube er aber, daß die britische Regierung die anderen Regierungen nicht einmal zur Erwägung derartiger Vorschläge einladen könne, solange sie

## Schlusssitzung des Landesbauerntages

Leipzig, 17. Februar.

Noch einmal fanden sich am 17. Februar die sächsischen Bauern im Großen Saal des Zoo und den Nebensälen zu einer eindrucksvollen Schlusssitzung zusammen. Die Vertreter der Bauernschaft, an ihrer Spitze der Ständehauptmann Generalmajor Weyer, die Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindefürsorge, an ihrer Spitze Finanzminister Dr. Kampfs und zahlreiche Vertreter der Gliederungen der Partei sowie der Wissenschaft und der Wirtschaft waren erschienen und wurden vom Landesobmann Erdmann-Stresemann begrüßt.

### Betriebswirtschaftliche Fragen im Rahmen des Vierjahresplanes

behandelte dann Professor Dr. Wörmann (Salle). Der Vortragende stellte zunächst fest, daß trotz der Leistungssteigerung der Landwirtschaft im Jahre 1935 noch für 1,3 Milliarden Mark Lebensmittel und Futtermittel hätten eingeführt werden müssen. Die ganze Frage der Versorgung mit Lebensmitteln sei in erster Linie eine Frage der Futtermittel, von denen etwa sechs Millionen Tonnen Getreidewert, also rd. ein Viertel unserer Ernte, fehlten. Vorrätig geschätzt ließen sich aber in der Kraftfuttermittelwirtschaft Deutschlands zwei Millionen Tonnen Getreide durch andere Kraftfuttermittel, insbesondere Kartoffeln, ersetzen.

Sodann wies er auf die Getreide- und Kartoffelernte am 21. v. H. hin.

wenn es diesen Zustand ausgleichen wolle, dies sei schwer zu erreichen. Voraussetzung für die Ertragssteigerung sei eine intensive Landwirtschaft mit vermehrtem Hackfruchtanbau. Dieser erfordere vermehrten Aufwand an Arbeit, die außerdem rechtzeitig geleistet werden müsse. Notwendig sei darum eine ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften, außerdem dürfe keine Preissteigerung für Betriebsmittel industrieller Herkunft erfolgen. Die deutsche Landwirtschaft habe seit Jahrzehnten immer Ertragssteigerungen erreicht, so dürfe man hoffen, daß es ihr auch jetzt gelinge, das gesteckte Ziel zu erreichen.

### Der Landesbauernführer sprach

Nach diesen mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen ergriff Landesbauernführer Erdmann das Wort. Er wies auf die gewaltige Entwicklung seit dem Umbruch hin. Vor ihm sei auch der Berufsstand der Bauern in Gegenätze zerfallen gewesen. Jede organische Wirtschaftsgestaltung müsse sich auf dem Bauernstand gründen. Dabei seien noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, man brauche nur an die Elektrizitätswirtschaft zu erinnern. (Lebhafter Beifall.) Das Durchdringen der Torfseife müsse beseitigt werden, die Städte müßten die Tarife ihrer Werke senken. (Starke Zustimmung.) Auch der Steigerung der Boden- und Pflanzpreise müsse man entgegenzutreten, um die Steigerung zu fördern, die kein Geschenk für das Bauerntum, sondern eine öffentliche Aufgabe und Notwendigkeit sei. Man fordere neben dem Erdböschung ein Bodenbewirt-

schaft nicht überzogen sei, daß die Vorkämpfer im Augenblick sowohl nützlich als auch profitabel seien. Der Vorschlag bedeute nicht nur eine völlige Reorganisation des Kolonialsystems Englands und anderer Länder, sondern auch eine völlige Reorganisation des Systems der Überwachung bei der Anwendung der Mandate in Gem. Wie Burton, so wünsche auch die englische Regierung eine Vermehrung des internationalen Handelsumfanges.

Lord Plymouth behauptete, er könne Ziffern beibringen, aus denen sich ergebe, daß Deutschland keine Schwierigkeiten beim Absatz seiner Waren im Kolonialreich habe und daß es alle Ausfuhrerzeugnisse erhalten könnte, die es brauche. Er glaube ohne weiteres sagen zu können, daß England sich seiner Handelspolitik gegenüber Deutschland nicht zu schämen brauche. Die unmittelbare Anwendung der Mandatsbestimmungen und einer Politik der offenen Tür in allen tropischen Kolonien würde nur dazu führen, daß der Handel an Länder mit einem niedrigen Arbeitsstandard gehe, ganz abgesehen davon, daß es Deutschland oder irgend einem anderen Lande, das vielleicht einen höheren Arbeitsstandard hätte, nicht helfen würde. Besonders Japan würde auf allgemeine Rollen Europas hieraus Nutzen ziehen. Beträchtliche Vorteile könnten erzielt werden, wenn die Kolonialmächte eine gemeinsame und allgemeine Erklärung abgaben, in der sie ihre Bereitwilligkeit ausdrückten, sich von den Bestimmungen des Artikels 220 der Völkerbundsatzung leiten zu lassen. Die Spannung würde hierdurch wahrscheinlich nicht vermindert werden, aber eine solche Erklärung könnte vielleicht als Teil einer allgemeinen politischen Regelung von gewissem Wert sein.

Die Regierung bedauere, nicht instande zu sein, den Antrag Burtons und den Änderungsantrag Lugards anzunehmen. Sie glaube, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser in den Beratungen des Rohstoffausschusses behandelt werden könnten, der demnächst in Genf zusammentrete.

Nachdem der Arbeiterpartei Lord Strachan seine Enttäuschung über die Antwort der Regierung ausgedrückt hatte, wurde die Angelegenheit fallen gelassen und das Oberhaus verlag.

schaffungsgeheim, um den gesamten Boden unter berufsmäßige Aufsicht zu nehmen. Man begrüße es, daß ein Preisbildungs-Kommissar eingesetzt worden sei, denn die offene Preisbildung müsse auf vielen Gebieten ungeheure Sorgen. Die Landarbeiterschaft sei nicht von der Bauernschaft allein zu versorgen. Hier müsse das ganze Volk zu einer neuen Haltung gegenüber der Bauernschaft kommen. (Starker Beifall.)

### Bauernarbeit sei keine minderwertige Arbeit.

Das Bauerntum müsse den harten Kampf durchhalten. Jeder müsse dabei in seinem eigenen Hof und in seiner Familie ausharren. Auch Arbeitserleichterungen für die Bauern sollten geschaffen werden. Trotz allen Mühen zur Leistungsteigerung dürfe man aber nie vergessen, auf der Augenseite sparsam zu sein. So wolle man schaffen, um Deutschland groß und stark in der Welt zu machen, weil es der Führer fordere und weil inmitten der unruhigen Welt Deutschland sich nur erhalten kann, wenn es auf allen Gebieten so stark und so kräftig wie möglich ist.

### Rechenhaft und Ausbild der Landesbauernschaft

Wenig, Hof und Markt betreten, auf einem knappen Begriff gebracht, die drei Landesbauernschaften der Landesbauernschaft Sachsen, und diese haben am zweiten Tag der 4. Sächsischen Landesbauernschaft in Leipzig Rechenhaft und Ausbild. Eine Fülle von Nachfragen kam dabei zur Behandlung, und die starke Beteiligung bei allen einzelnen Tagungen bewies, welchen Anteil der sächsische Bauer an ihnen nimmt. Wertvolle Ratssätze wurden gegeben und werden dem Bauer Gewinn bringen.

Landeshauptabteilungsleiter H. Bennewitz hat ein umfassendes Bild von den Leistungen dieser Abteilung und ihren künftigen Aufgaben, das die gesamte sächsische Landwirtschaft umfaßte. Er wies einmütig auf die starke Nachfrage nach Kauf- und Pachtland der unbesetzten Bauern und Landwirte hin und betonte, daß er jedem Verkauf von Landgütern an Nichtlandwirte grundsätzlich widersprechen habe.

Die wirtschaftsrechtliche Einzelversorgung sei zu steigern. Im Gartenbau werde eine Steigerung der Güte der Erzeugnisse und des Ertrags je Fläche gefordert, ebenso eine Erleichterung der Obstbaumzucht. Selbst dem Blumen- und Zierpflanzenbau, wo dem Weinbau weicht die Landesbauernschaft ihre Aufmerksamkeit zu, wie man auch bei der Tierzucht feststellen konnte, daß dem Kleintier eine steigende Beachtung geschenkt wird. So der Geflügel-, Bienen- und Kanarienzucht. Der Aufbau der Milchwirtschaft wird in Sachsen fortgesetzt. Auf dem Gebiete des Pflanzenschatzes auf Landwirtschaftsschulen steht Sachsen mit 4700 Junges und Wäldern an erster Stelle. Die Frage des Landarbeitermangels sei jetzt vorrangig und Ministerpräsident Göring habe zugesichert, daß die Landarbeiterfrage in kürzester Zeit gelöst werde.